„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1685—1687 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1685 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Europa und der ausländische Weizen

Ein englisches Blatt in Regina versuchte kürzlich den Eindruck zu erwecken, als sei Deutschland der Hauptschuldige am Sinken des Weizenpreises. Wir haben schon einmal im „Courier" auf die Unhaltbarkeit einer solchen Annahme hingewiesen und an Hand von beweiskräftigem Material dargelegt, daß die von deutscher Seite ergriffenen Maßnahmen sich nicht ausschließlich oder absichtlich gegen Canada richten, sondern nur dem ernsten Bestreben Zeugnis ablegen, die schwer notleidende deutsche Landwirtschaft gegen eine übermächtige ausländische Konkurrenz im allgemeinen zu schützen. Ferner sucht man auch die deutsche Mühlenindustrie, die ebenso wie die deutsche Landwirtschaft unter den drückenden Reparationslasten leidet, lebensfähig zu erhalten. Canada aber kann keine besonderen Vergünstigungen erwarten, da es bisher mit Deutschland noch keinen Handelsvertrag abgeschlossen hat.

Die gegen den ausländischen Weizen gerichtete Bewegung ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf andere Länder des europäischen Kontinents, wie die folgende Mitteilung zeigt, die dem „Courier" von der Nachrichtenabteilung des Saskatchewan-Weizenpools zugegangen ist. Es heißt da:

„Die deutschen Zollsätze auf ausländischen Weizen wurden am 11. Februar 1930 revidiert. Der jetzige Einfuhrzoll beträgt in Deutschland 61 3/5 Cents per Bushel. Frankreich legt einen Zoll von 53 Cents per Bushel auf ausländischen Weizen, während Italien seinen Zoll auf 73½ Cents per Bushel beibehält. Außerdem bietet Frankreich noch eine Ausfuhrprämie von 80 Cents auf 100 Pfund Getreide an, das aus Frankreich ausgeführt wird. Frankreich und Deutschland halten an ihren Mahlumlagebestimmungen fest. Frankreich gestattet nur 3 Prozent ausländischen Weizen in allen aus Weizen hergestellten Produkten, ausgenommen ein besonderes Diätbrot, das 80 Prozent ausländischen Weizen enthalten darf. Deutschland verlangt, daß 50 Prozent einheimischen Weizens bei allem in Deutschland gewonnenen Mehl verwendet wird."

Daraus ist klar und deutlich ersichtlich, daß in einigen europäischen Ländern, die ihre eigene Landwirtschaft und Mühlenindustrie gegen ausländischen Wettbewerb zu schützen suchen, die Tendenz besteht, die Einfuhr fremden Weizens auf ein Mindestmaß zu beschränken. Diese Tatsache sollte von unseren Farmern in Westcanada nicht aus dem Auge verloren werden. Nur bei Berücksichtigung dieser tatsächlichen Verhältnisse kann man sich ein nüchternes Urteil über die Marktlage bilden. Während man bisher vielleicht zu einseitig den Wert des britischen Absatzgebietes betont hat, der ohne Zweifel eine bedeutende Stellung auf dem Gebiete der Weizenausfuhr einnimmt, tritt nunmehr aber auch die Erkenntnis in den Vordergrund, daß der kontinentaleuropäische Markt mit seiner nach vielen zehn Millionen zählenden konsumierenden Bevölkerung eine nicht minder wichtige Rolle spielt.

Es ist wohl als eine Hauptaufgabe der canadischen Regierungs- und Wirtschaftskreise anzusehen, weit mehr als bisher ihr Augenmerk Kontinentaleuropa zuzuwenden. Selbstverständlich kann der canadische Farmer nicht erwarten, daß die europäischen Konsumenten nur Almosenpreise seines Weizens sein werden, vielmehr muß er sich auch mehr und mehr mit der Tatsache vertraut machen, daß die nach Absatzmärkten ausschauenden europäischen Fabrikanten und Handelskreise auch Canada als Kunden in ihre Rechnung stellen wollen. Der internationale Handel beruht auf Gegenseitigkeit. Würde sich in Canada gegen die Industrieerzeugnisse gewisser Länder stark ablehnend verhalten, so könnte es von den betreffenden Ländern nicht erwartet werden, daß sie die canadischen Produkte wie Weizen usw. bereitwillig aufnehmen. Darin liegt auch die Gefahr einer Hochschutzzollpolitik für den canadischen Farmer.

Jedes Volk, jeder Staat läßt sich bei Regelung seiner Wirtschaftsbeziehungen mit fremden Völkern vom Selbsterhaltungstrieb, vom Streben nach Ausdehnung seiner Wirtschaftsmacht und von der Rücksicht auf das Wohl seiner Bürger leiten. Nur durch eine großzügige Politik des Gebens und Nehmens, des Ausgleichs der Interessengegensätze und des verständnisvollen Eingehens auf die Forderungen des Handelspartners lassen sich, oft erst nach langwierigen Verhandlungen, Beziehungen anbahnen, die beiden Teilen gerecht werden und zum Nutzen gereichen.

In den letzten Jahren hat man sich auf dem amerikanischen Kontinent daran gewöhnt, mit einer gewissen Geringschätzung auf die Länder Europas herabzusehen. Die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft wird uns in Canada zwingen, Länder wie Deutschland, Frankreich, Italien usw., mit ihren Millionenbevölkerungen, mit ihren großen Konsumentenmassen, mit ihrem neuen Wirtschafts- und Industrieaufbau in die Rechnung dieses Kontinents mehr als in der Vergangenheit einzustellen. Die Phrase vom „sterbenden Europa" ist, bei Lichte besehen, eben doch nur eine Phrase. Völker wie das deutsche, das trotz Niederlage, Revolution, Reparationslasten usw. eine so erstaunliche Lebens- und Aufbaukraft in den letzten Jahren bewiesen hat, wird man nicht von der Landkarte des Volks- und Weltwirtschaftlers streichen können.

Stalin bremst

Joseph Stalin, Generalsekretär der Kommunistischen Partei und der „starke Mann" Sowjetrußlands, hat in einem drei Spalten langen Artikel in allen Moskauer Zeitungen den Kommunistenbehörden warnend den Rat erteilt, ihr Einschreiten zur Durchführung eines Kollektivbetriebes der Ackerbau-Ländereien zu verlangsamen.

Seine Darlegung der Lage wird in amtlichen Kreisen als ein Zeichen gedeutet, daß Stalin selbst eingesehen hat, der Sozialisierungsplan habe die Bauernschaft in gewissen Fällen zu offener Feindseligkeit angefacht, besonders in Bezirken, wo Sowjet-Dorfbehörden den Versuch machten, eine schnelle Zusammenlegung kleiner Farmgehöfte zu erzwingen.

Stalins Warnung kommt in einer Zeit, da die wohlhabenden Bauern ihr Vieh massenweise schlachten, um die Beschlagnahme seitens der Sowjetbehörden zu vereiteln. Auch wird gemeldet, daß viele Bauern vor gewaltsamen Widerstand nicht zurückschrecken. Allgemein wird die Kundgabe Stalins dahin ausgelegt, daß die Machthaber im Kreml zu der Ueberzeugung gelangt sind, der Erfolg der „Kollektivierungs-Politik" werde großenteils von dem guten Willen und der freiwilligen Zustimmung der Bauernschaft abhängen.

Stalin hebt in seiner Darlegung hervor, daß 50 Prozent der Bauern bereits in Kollektivfarmen unter Staatskontrolle zusammengefaßt seien und daß deren gemeinsame Arbeit bis jetzt mehr als 3,000,000 Tonnen Saatkorn für die Frühjahrsbestellung ergeben hat. Dieser Erfolg aber sei dazu angetan, übermäßige Zuversicht hervorzurufen. Er warnt die Sowjet-Dorfbehörden und anderen Beamte vor allzu großem Enthusiasmus. Des weiteren führt er aus:

„Der Erfolg, den wir gehabt haben, mag Parteimitglieder berauschen und zu einer Ueberschätzung ihrer Kräfte veranlassen, während sie die Macht unserer Feinde zu gering einschätzen. Wir müssen entschlossene Maßnahmen gegen jene Parteimitglieder anordnen, die abenteuerliche Politik und Anti-Lenin-Ideen betreiben und die die Notwendigkeit einer Festigung unserer gegenwärtigen Errungenschaften bei der Kollektivisierung nicht einsehen. Wir können Farmen nicht mit Gewalt kollektivisieren. Dies ist töricht und reaktionär. Gesunder Kollektivismus muß sich auf die aktive Beihilfe der Bauernschaft stützen."

Stalin hebt hervor, daß die Regierung nicht mechanisch den Aufbau von Kollektivfarmen in entwickelten und unentwickelten Gegenden gleichmäßig vornehmen könne. Die Dorf-Sowjets sollten ihre Anstrengungen auf Gegenden beschränken, die für Entwicklung des Kollektivismus günstig sind. Den Bauern in solchen rückständigen Bezirken, wie Turkestan und den entlegenen nördlichen Provinzen, darf der Plan nicht aufgezwungen werden. Er fügt hinzu:

„In jenen Gegenden sind Bauern, die den Kollektivfarmen nicht beitreten wollen, nicht nur mit Waffengewalt bedroht worden, sondern auch mit der Entziehung von Wasser und industriellen Erzeugnissen. Solche Vorgänge sind unserer Partei unwürdig. Sie bilden ein deutliches Abweichen von den festgesetzten Zielen unserer Partei, sie führen nur zur Kräftigung unserer Feinde und gefährden die ganze Kollektivfarm-Bewegung."

Weltumschau

Wirtschaftsführer und Youngplan. Energische Versuche werden in Berlin gemacht, den „Neuen Plan", wie der Young-Plan genannt wird, unter Dach und Fach zu bringen, ehe die derzeitige Kontroverse über die Durchführung der proponierten Finanzreformen, welche den Stand des Reichskabinetts bedroht, ihrer Lösung entgegen geführt wird.

Führer der Industrie und der Finanz legten Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer in einer Konferenz nahe, ein Weg müsse gefunden werden, um die derzeitigen Kabinettsschwierigkeiten zu überbrücken. Finanz, Handel und Industrie verlangten dringend, daß der Young-Plan so früh wie immer angängig im Reichstag zur Abstimmung gebracht werde. Seine Annahme bilde die notwendige Voraussetzung für eine Rückkehr des Vertrauens im Lande. Erst nachdem der Young-Plan vom Reichstag verabschiedet worden, sei mit einer aufsteigenden Kurve der deutschen Wirtschaft zu rechnen.

Diese überaus deutliche Aussprache zwischen dem Reichsfinanzminister und den Führern von Industrie und Finanz veranlaßte die Minister der Volkspartei und der Sozialisten, gemeinschaftlich den Versuch zu machen, die Zentrumsführer zu bestimmen, von ihrer derzeitigen Forderung einer gleichzeitigen Gutheißung des Young-Plans und der Annahme der geplanten Finanzreform Abstand zu nehmen.

Es wird gehofft, den Regierungsblock wenigstens so lange intakt erhalten zu können, bis der Young-Plan und die mit ihm verquickten Liquidierungs-Abkommen aus dem Wege geräumt sind. Natürlich verlangt dieser Plan ein Hinausschieben der Kontroverse über das Reichsnotopfer zur Stärkung der Kasse der Arbeitslosen-Versicherungsanstalt.

Schober und die Arbeitslosigkeit. Der österreichische Bundeskanzler Johann Schober hat eine Wirtschaftskonferenz einberufen, um über Mittel zur Linderung der Not der Arbeitslosen zu beraten, wie sie in Oesterreich bisher noch nicht geplant worden sind. Er forderte 800 Führer der Industrie, des Handels, der Bankwelt und Arbeiterschaft auf, Kommissionen zu ernennen und mit ihm innerhalb einer Woche darüber zu beraten, welche Maßnahmen getroffen werden können, um eine sofortige Besserung der Lage herbeizuführen. Nach den vorliegenden Berichten gibt es 450,000 Familien in Oesterreich, die gezwungen sind, von einer Arbeitslosenunterstützung von wöchentlich $2.25 zu leben.

Der Bundeskanzler hat ferner Anregungen darüber eingefordert, was erreicht werden könne, wenn es ihm gelingen sollte, in London oder Paris eine Auslandsanleihe abzuschließen.

Baldwin und die Zollpolitik. Stanley Baldwin, der Führer der englischen Konservativen, hat in den Streit über die Zollpolitik des britischen Reiches mit dem Vorschlage einer Volksabstimmung, eingegriffen, ob das Land die Besteuerung von Lebensmitteln in Verbindung mit der Politik, die auf eine wirtschaftliche Einigung des Reiches hinarbeitet, gestatten soll.

Eines der Hauptargumente gegen den Freihandel innerhalb der Reichspolitik, welche von der neuen Beaverbrook-Rothermereschen Reichspartei befürwortet wird, ist, daß sie zur Verzollung von Lebensmitteln führen würde, die von außen her in das britische Reich eingeführt werden würden.

Baldwin, ein Führer der regulären Konservativen, hat sich ständig geweigert, die Lebensmittelverzollung als einen Teil der konservativen Parteipolitik zu erwägen. In einer großen Versammlung des Rates der Nationalunion der Konservativen und Unionisten-Verbände sagte er, daß diese Frage aus der Parteipolitik herausgenommen werden sollte, was nur auf dem Wege einer Volksabstimmung erfolgen könnte, die ganz unabhängig vorgenommen werden müßte, um nicht das Schicksal einer Regierung zu gefährden. Herr Baldwin machte es ferner eindeutig klar, daß er stark für die wirtschaftliche Einigung des Reiches sei, deutete aber auf die Schwierigkeiten hin, die dem im Wege stünden.

Kritik an spanischer Regierung. Santiago Alba, ein prominenter spanischer Politiker, der wegen seiner politischen Anschauungen in die Verbannung gehen mußte, kehrte von einer Reise nach Paris zurück. Er erklärte, daß in Spanien die monarchistischen Parteien sehr in Furcht darüber leben, daß die Republikaner täglich mehr an Stärke zunehmen. „Ein heftiger Oppositionsgeist macht sich im ganzen Lande bemerkbar," erklärte Alba, „und besonders bei den Intellektuellen. Spanien ist während der sechs Jahre der Diktatur von der Reaktion geleitet worden. Die ersten Feindschaften gegenüber der Diktatur brachen deswegen aus, weil man nicht mit Gewißheit sagen konnte, ob die Diktatur das Land oder die Monarchie dem Lande erhalten hat."

Während der sechs Jahre der Diktatur hat Spanien seine Schulden um ungefähr 5,000,000,000 Franken vermehrt. Die Staatshaushaltspläne sowohl als auch die Gemeindehaushaltspläne stiegen proportional der Schuldenlast, das heißt, daß sie immer größer wurden. Die Folge davon war, daß die Steuern dauernd stiegen. Zur gleichen Zeit fiel proportional dem Steigen der Schulden der Wert des Peseta. Die Lebensunterhaltskosten sind unheimlich gestiegen. Spanien ist augenblicklich das teuerste Land in Europa.

Alba wandte sich scharf gegen die Strenge des neuen spanischen Diktators General Berenguer, welcher ein Regime mit unbeugsamer Härte durchführe. Der frühere Diktator Primo de Rivera habe das Steuer des Diktatorschiffes lange nicht so fest in seinen Händen gehabt als es Berenguer hat. Durch diese Taktik Berenguers macht dieser die Monarchie immer unbeliebter beim Volke. Der König nimmt eine immer schwächere Stellung gegenüber dem Lande ein, und die Gefahr, daß die Monarchie durch die Politik Berenguers in Frage gestellt werden wird, ist nicht von der Hand zu weisen.

Indische Fürsten gegen Lostrennung. Die Kammer der indischen Fürsten hat auf ihrer Tagung einen Beschluß angenommen, die eine Politik der Lostrennung von Großbritannien mißbilligt. Das Oberhaus erklärt sich für „Erzielung des Britisch-Indien zukommenden Platzes unter den Dominions der britischen Nationen-Gemeinschaft in möglichst baldiger Zukunft, vereinbar mit den notwendigen Sicherungen und Vorbehalten inbezug auf die verschiedenen Interessen im Lande."

Vizekönig Lord Irwin bemerkte zu der Beschlußfassung, sie sei wichtig als ein Beweis dafür, daß Unabhängigkeit, falls sie als ein bestimmtes politisches Programm aufgestellt werden sollte, nicht das Programm eines geeinten Indiens sein würde. Nicht ein Drittel Indiens sei für eine solche Bewegung.

Zur Revolte in Santo Domingo. Rafael Estrella Urena, einer der Führer der Revolte gegen Präsident Horacio Vasquez wurde zum provisorischen Präsidenten der Dominikanischen Republik ernannt. Dieser Verfügung, die nach allgemeiner Ansicht die revolutionäre Bewegung beendet, ging auf Einladung des amerikanischen Gesandten Charles B. Curtis eine Unterredung zwischen Präsident Vasquez und General Urena im Gesandtschaftsgebäude voran.

Nach erfolgter Verständigung über die Aenderung in der Regierung ersuchte Präsident Vasquez die Nationalversammlung, ihm zu gestatten, die Republik zu verlassen und sich „zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit" nach einem anderen Lande zu begeben. Die Insurgenten bestehen darauf, daß am 15. Mai eine allgemeine Wahl abgehalten werde und daß Vasquez nicht mehr für die Präsidentschaft kandidiere.

Die deutsche Wirtschaftsnot

Auf der deutschen Wirtschaft lastet ein ungeheurer Druck, der hervorgerufen ist durch die Tributleistungen und durch die hemmungslose Ausgabefreudigkeit von Reich, Ländern und Kommunen. Konkurse und Zahlungseinstellungen in ständig steigender Zahl sind an der Tagesordnung. Ehe man es aber zum Aeußersten kommen läßt, versucht man, die letzten Hilfsquellen auszuschöpfen. Man scheut selbst den bitteren Gang zum Leihhaus nicht, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch abzuwenden oder doch wenigstens hinauszuschieben. Daß dies keine Uebertreibung ist, sondern die Feststellung nackter Tatsachen, zeigt die Statistik, die das Staatliche Leihamt für 1929 veröffentlicht. Nicht weniger als 40.36% der von ihm gewährten Darlehen entfallen auf selbständige Gewerbetreibende, Händler, Kaufleute, Handwerker, Landwirte usw.

Stark in Anspruch genommen wurde das Leihhaus auch von Leuten, die vor dem Kriege von den Früchten ihrer Arbeit leben konnten, nämlich von den Rentnern. Diese und die weiblichen Personen ohne Beruf erhielten in 1929 27.36% aller Ausleihungen des Leihamtes. Auch die dritte und vierte Größengruppe besteht aus Kreisen des Mittelstandes. Die kaufmännischen und Büroangestellten waren an den Ausleihungen mit 8.75% und die Beamten, Lehrer usw. mit 6.29% beteiligt. Am wenigsten wurde das Leihamt von der Arbeiterbevölkerung (1.82%) und von den Hausangestellten (1.64½) in Anspruch genommen.

Das Bild, das diese Zahlen geben, wird noch deutlicher, wenn man sich die Richtung, die die Tätigkeit des Leihamtes in den letzten Jahren zu erkennen gibt, vor Augen hält. Seit 1925 ist eine ständige Steigerung sowohl des Gesamtbetrages der Ausleihungen als auch des Bestandes an Pfändern zu verzeichnen. 1925 betrug der Zugang an neu beliehenen bezw. erneuerten Pfändern 100,607 im Leihbetrage von insgesamt 3.56 Mill. Rm. und im Durchschnittsbetrage von 36 Rm. In 1929 machte der Zugang 169,467 Pfänder aus, deren Leihbetrag insgesamt 8.55 Mill. Rm. und im Durchschnitt für ein Pfand 50 Rm. betrug. Der Bestand an Pfändern stieg von 41,246 in 1925 auf 73,772 Ende 1929. Auch hier erhöhte sich nicht nur die gesamte Leihsumme (von 1.58 auf 3.73 Mill. Rm.), sondern auch der für ein Pfand gegebene Durchschnittsbetrag (von 38 auf 51 Rm.)

Hoffentlich behält er recht!

„Deutschland wird schließlich die Reparationen aus dem Gewinn seiner Oelproduktion bezahlen," behauptet der Präsident der Petroleum Research Corporation von New York, T. M. Pedigrew, der kürzlich aus Deutschland zurückkehrte.

Deutschland hat nach den Angaben des Herrn Pedigrew bereits vier produzierende Oelfelder. Es handelt sich um kleine Brunnen, die zufällig von Unternehmern gefunden wurden, die Salz suchten und mit veralteten Maschinen bohrten, aber trotzdem werden schon etwa 1,000,000 Barrel Oel per Jahr produziert. Seit etwa anderthalb Jahren wird Land für Oelbohrungen verpachtet. Eine britische Gesellschaft, die Anglo-Persian Oil Co., der Sir John Cadman vorsteht, hat sich einen großen Teil des Gebiets, auf dem jetzt schon Oel gefordert wird, gesichert, indem sie etwa 500,000 Acres dieses Landes pachtete. Die North European Oil Corporation, eine amerikanische Gesellschaft, hat in der Lüneburger Heide und auf anderen Stellen in dem dreieckigen Gebiet zwischen Hamburg, Bremen und Hannover 1,500,000 Acres Land gepachtet. Henry P. Toherny & Co. haben den kontrollierenden Teil der Aktien dieser Gesellschaft erworben, die beabsichtigen $8,000,000 für Bohrungen auszugeben.

Der erste produzierende Oelbrunnen wurde, nach Herrn Pedigrews Angaben, kürzlich in der Nähe von Hannover fertiggestellt. Das Erdreich, das das Oel enthält, vergleicht er mit dem der Woodbine Sand Well in Texas; es wurde in einer Tiefe von 3,600 Fuß erreicht. In zwölf Minuten flossen aus diesem Brunnen 105 Barrel Oel. Weil keine Fazilitäten zur Weiterbeförderung solcher Mengen Oel vorhanden sind und auch keine Behälter, in denen es aufbewahrt werden kann, wird der Brunnen von Zeit zu Zeit abgestellt. Wenn dieser Brunnen mit modernen Maschinen betrieben wird und genügende Lagerbehälter gebaut worden sind, sollte er, Herrn Pedigrew zufolge, 2,000 bis 10,000 Barrel Oel pro Tag liefern.

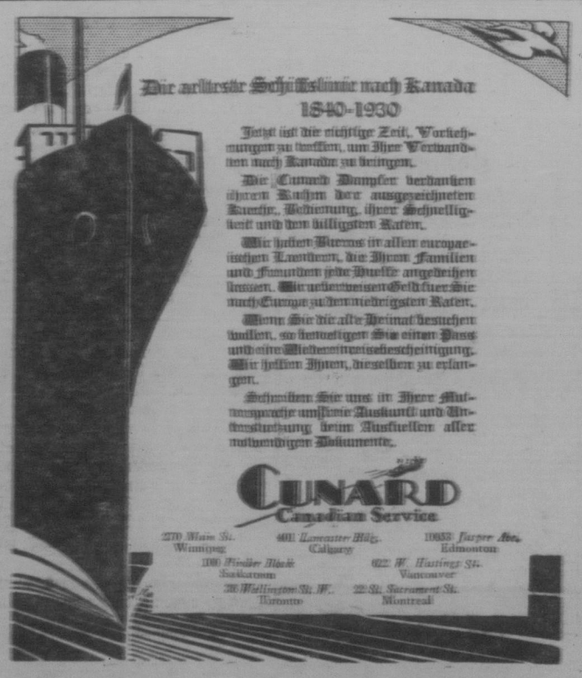
Auch reiche Gasquellen können, nach den Angaben dieses Sachverständigen, in Deutschland erschlossen werden. Er führt an, daß man in der Nähe von Hamburg auf Gas stieß, als ein Brunnen gebohrt wurde, der jetzt gewaltige Mengen Naturgas liefert, das in Hamburg verkauft wird. „Gebt Deutschland genügend Kapital und moderne Apparate, erfahrene „Oil Operators" und seine Oel-Produktion wird die Welt in Erstaunen versetzen. Deshalb sage ich, daß es die Reparationen schließlich aus dem Gewinn seiner Oelproduktion bezahlen wird. Paßt auf und seht, ob ich nicht recht habe," erklärt Pedigrew.

Wenn das nur nicht wieder eine amerikanische Illusionsmache oder Spekulantenfängerei ist!

— Die Flamen haben ihren Willen im belgischen Parlament durchgesetzt: die Universität Gent wird eine reine flämische Unterrichtsanstalt werden!

— Eine alte Dame in Arkansas, welche dieser Tage ihren 101. Geburtstag feiern konnte, gibt ihren Geschlechtsgenossinnen den Rat, bei den Kochtöpfen zu bleiben, wenn sie Frieden in der Familie wünschen. Langjährige Erfahrung scheint da eben zu bestätigen, daß die Liebe des Mannes durch den Magen geht.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"



Admiral von Tirpitz gestorben

(Fortsetzung von Seite 1.)

Persönlichkeit, die bestimmend für die Entwicklung der früheren deutschen Kriegsflotte war, zugleich auch einen Mann, der sich mit der neuen politischen Gestaltung der Dinge, mit der Republik, nicht abfinden konnte. Es ist noch nicht so lange her, daß er zu einem Pressevertreter sagte: „Gott hat mich zu lange leben lassen. Ich sehe in der Zukunft nur Chaos für Deutschland." Sehr enttäuscht hat ihn in den letzten Jahren die Tatsache, daß selbst in den Reihen der Nationalen der monarchistische Gedanke mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wurde. Dieses bewog ihn, vollständig aus der Politik auszuscheiden und in Feldafing, an den schönen Ufern des Würm-Sees seine alten Tage zu verbringen.

Die Nachricht von seinem Hinscheiden in Ebenhausen im Isartal kam überraschend, hatte doch der große Seeheld noch zu Anfang des Jahres in Berlin bei Freunden zu Besuch geweilt und die Reichshauptstadt erst am 3. Februar verlassen. Seiner Krankheit wurde zuerst keine Bedeutung beigemessen.

Eines der ersten Kondolenz-Telegramme, das der Witwe zuging, kam von Reichspräsident von Hindenburg. „Die großen Verdienste des Entschlafenen," drahtete der greise Feldmarschall, „um die deutsche Flotte in Kriegs- und Friedenszeiten werden dauernd in der Geschichte der Verteidigungskräfte weiter leben."

Reichswehrminister General Groener, Dr. Alfred Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen, und andere im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten gaben gleichfalls ihrem Bedauern ob dem Hinscheiden des Seehelden Ausdruck.

Vaterländische Verbände in allen Teilen des Landes nahmen angesichts des Todes des Großadmirals Trauerbeschlüsse an.

Polnische Soldaten flichen nach Deutschland

Berlin. — Depeschen aus Marienwerder melden, daß eine ganze Abteilung polnischer Artilleristen, geführt von einem Unteroffizier, ausgerissen und auf deutsches Gebiet übergetreten ist. Sie wurden von deutschen Grenzwächtern festgenommen und entwaffnet. Als Grund ihrer Desertion geben sie Leuteschinderei an.

Erdrutsch-Katastrophe auf Madeira

Funchal, Madeira. — Wenigstens vierzehn Personen, darunter einige Kinder, kamen bei einem furchtbaren Erdrutsch um, der von einem hohen Felsen am Strande niedersauste. Es wird befürchtet, daß die Zahl der Opfer noch größer ist.

Tonnen von Gestein stürzten mit schrecklichem Getöse die Klippen hinunter ins Wasser und verursachten eine solche Wellenbewegung, daß Fischer und Wäscherinnen von Ribeira, Pigario und Camara ins Wasser geworfen wurden.

Zahlreiche Kinder, die am Strande spielten, wurden in wilde Panik versetzt, als die Steine zwischen ihnen niederprasselten. Es war gerade ein Karneval im Gange, als der Erdrutsch sich ereignete und die Ausgelassenheit machte tiefer Trauer Platz. Mütter wurden ohnmächtig, als ihre Kinder von ihnen fortgerissen und unter Gestein und Erde verschüttet wurden.

Matrosen von den Kriegsschiffen im Hafen, Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr und viele Freiwillige taten alles, um die Verschütteten zu retten.

PROVINCE OF SASKATCHEWAN

Normalschul-Sessionen

Ordnungsgemäße Sessionen der Normalschule zur Ausbildung von Lehrern für Certifikate 2. und 1. Klasse werden vom

30. September 1930 bis 5. Juni 1931.

in Regina, Saskatoon und Moose Jaw abgehalten.

An diesen Sessionen können solche Einwohner von Saskatchewan teilnehmen, die Diplome der Grade XI oder XII oder gleichwertige Bildung besitzen, ferner die Graduierten der Kunst oder Wissenschaft canadischer oder britischer Universitäten, deren Grade für das Ministerium annehmbar sind.

In Ausbildung befindlichen Lehrern, die den Kursus befriedigend abschließen, wird je nach ihrer Bildungsstufe ein Interimszeugnis der 2. oder 1. Klasse erteilt.

Antragsteller, die zugelassen werden wollen, müssen mindestens 18 Jahre alt sein oder dieses Alter vor dem 31. Dezember 1930 erreichen.

Sämtliche Anträge müssen bis spätestens 15. August beim Ministerium eingereicht sein. Formulare für die Anträge können beim

DEPARTMENT OF EDUCATION
Regina, Sask.

eingefordert werden.

Hon. J. T. M. Anderson, M.A., LL.B., D. Paed.,
Minister.

A. H. Ball, M.A., LL.B.,
Minister-Stellvertreter.